

# Frau und Arbeitswelt

Kongreß berufstätiger Frauen der CDU tagte vom 2. bis 4. Dezember in Bochum

Vor den 500 Teilnehmerinnen des Kongresses berufstätiger Frauen der Christlich Demokratischen Union, der vom 2. bis 4. Dezember 1964 in Bochum stattfand und vom Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Josef Hermann Dufhues, eröffnet wurde, richtete Bundeskanzler Prof. Erhard in seinem Schlußwort an die Frau als Staatsbürgerin den Appell, die Politik der CDU zu fördern. Dabei wurde die große Bereitschaft der Kongreßteilnehmerinnen spürbar, Bundeskanzler Erhard bei seiner hohen Aufgabe als Regierungschef stets zu unterstützen.

In seiner Eröffnungsansprache würdigte der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Dufhues die Bedeutung dieses Kongresses, mit dem die CDU erneut als moderne Partei in das Blickfeld der Öffentlichkeit trete. Dufhues sagte: „Modern kann im politischen Leben nichts anderes bedeuten, als daß eine Partei bereit ist, sich in jedem Augenblick all den Problemen zu stellen, die die Zeit mit sich bringt. Die CDU hat deshalb in den zurückliegenden Monaten eine Reihe von Fachkongressen mit außergewöhnlich gutem Erfolg veranstaltet.“ Hier erinnerte Dufhues vor allem an den Gesundheitspolitischen Kongreß, den Verteidigungspolitischen Kongreß, den Mittelstands-Kongreß und nicht zuletzt an den Hamburger Kultur-Kongreß. Abschließend hob Josef Hermann Dufhues die Bedeutung der Probleme der berufstätigen Frau für die Zukunft hervor und empfahl dem Kongreß, sorgfältig zu überlegen, wie diese Entwicklung in die richtigen Bahnen gelenkt werden könne. Von diesem Kongreß werde es abhängen, wie sich die CDU in den nächsten Monaten und Jahren zu all den Problemen stellen wird, mit denen es die Berufstätige Frau zu tun hat.

Im Anschluß an die Eröffnung des Kongresses sprach das Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, Frau Dr. Gabriele Strecker, über das Thema „Frau und Arbeitswelt — Vorstellung, Tradition, Wirklichkeit“.

Sie behandelte u. a. die Rechtsstellung der Frau in unserer Gesellschaftsordnung und wies darauf hin, daß die Frau in der Bundesrepublik nach dem Grundgesetz die Wahl habe, erwerbstätig zu sein oder auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten, im Gegensatz zur Sowjetzone, wo die Frau nur dann dem Mann gleichberechtigt ist, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgeht.

Frau Dr. Strecker warnte davor, die Frau bei zeitweiliger Unterbrechung ihrer

Arbeit den Kontakt mit ihrem Beruf ganz verlieren zu lassen. Staat und Gesellschaft hätten gerade hier die Aufgabe zu helfen; hier würden sich für die Frau Auffrischungskurse und Fernlehrgänge anbieten: „Weiterbildung wird in Zukunft auch für die Männer eine erheblich größere Rolle spielen, für die Frau wird sie zu einer Existenzfrage werden.“ Abschließend würdigte Frau Dr. Strecker die von Bundestag und Bundesregierung begonnene Arbeit an einer Frauenenquête. Dieses Bemühen bewiese, daß man sich mit den tausend Problemen der Frau, insbe-

sondere der verheirateten Frau, beschäftige.

Der Mainzer Professor Dr. Gerhard Möbus referierte am ersten Tag des Kongresses über das Thema „Frau und Arbeitswelt — morgen“, das auch das Motto des Kongresses war.

Die Arbeitswelt, in der die Frau stehe, sagte Professor Möbus, ist als Gegenwart und Zukunft Teil der Welt, der wir als Gegenwart und Zukunft gegenüber stehen. Nach den Worten von Professor Möbus absolviere die Hausfrau täglich ein Arbeitspensum, das dem der berufstätigen Frau nicht nachstehe. Es sei festgestellt worden, daß auch im voll technisierten Haushalt und unter Verwendung vieler konservierter und vorbereiteter Lebensmittel die amerikanische Hausfrau auf ihren Haushalt durchschnittlich 63 Stunden in der Woche verwendet. Die französische Hausfrau wende dafür 91 bis 110 und die schweizerischen und deut-

Fortsetzung Seite 2

## „Ein Durchbruch für Europa“

Prof. Dr. Erhard zur Angleichung des Getreidepreises

Die Bundesregierung hat sich bekanntlich dafür eingesetzt, daß mit Wirkung vom 1. Juli 1967 eine Harmonisierung des Getreidepreises in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eintritt. Bundeskanzler Prof. Erhard erläuterte vor dem Bundestag am 2. Dezember den Entschluß der Bundesregierung.

In seiner Erklärung, die von dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Barzel, ausdrücklich begrüßt wurde, sagte der Bundeskanzler u. a.:

„Ich habe die deutsche Delegation angewiesen, in den Brüsseler Verhandlungen der Harmonisierung der Getreidepreise in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 1. Juli 1967 an grundsätzlich zuzustimmen. Dabei hat die Bundesregierung in enger Fühlungnahme mit den Koalitionsfraktionen gehandelt. Überdies lag mir daran, diese Entscheidung nicht gegen, sondern mit der deutschen Landwirtschaft zu treffen.

Ich weiß, daß dieser Schritt die deutsche Landwirtschaft vor sehr schwerwie-

gende Probleme stellt und daß es zunächst so scheinen mag, als ob diese Entscheidung dem deutschen Volk nur zusätzliche Lasten aufbürden würde. Wir beschreiten diesen Weg in der Absicht, einen Durchbruch für Europa zu erzielen.

Diese Politik soll auch ein weiterer wesentlicher Beitrag zur Festigung und Vertiefung des deutsch-französischen Verhältnisses sein.

Die deutsch-französische Freundschaft lebt. Auch der französische Staatspräsident hat das in seiner Straßburger Rede mit eindringlichen Worten neuerdings bekräftigt. Gewiß sind nirgendwo in der Welt die nationalen Interessen zweier Völker ohne weiteres kongruent. Dem-

Fortsetzung Seite 2

# Frau und Arbeitswelt

Fortsetzung von Seite 1

schen Hausfrauen sogar 109 bis 122 Stunden auf. Um eine Mindestzahl von Arbeitsstunden im Haushalt zu erreichen, sei es aber notwendig, eine hochentwickelte Rationalisierung und Technisierung des Haushalts und der bei der Arbeit verwendeten Geräte zu erreichen.

Prof. Möbus ging auch auf die Situation der verheirateten berufstätigen Frau ein. Er erinnerte daran, daß in der Bundesrepublik 1961 zwei Fünftel aller weiblichen Erwerbstätigen verheiratet waren und daß rund ein Drittel aller verheirateten Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Eine Stichprobenerhebung des Jahres 1960 habe ergeben, daß 1 208 800 berufstätige Mütter mit 1 778 500 unmündigen Kindern festgestellt wurden. Von diesen Kindern seien rund 50 Prozent in schulpflichtigen Alter gewesen, ein Drittel habe das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht und mehr als zehn Prozent seien weniger als zwei Jahre alt gewesen.

**Am zweiten Tag des Kongresses behandelte der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, Hermann Josef Russe, arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Fragen.**

Er ging davon aus, daß heute in der Bundesrepublik fast zehn Millionen Frauen im Beruf stehen. Daraus ergebe sich, daß der prozentuale Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung bei 33,8 Prozent liege. Er stellte weiter fest, daß die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Arbeitnehmer sich von 1950 bis 1962 um 53 Prozent erhöht habe. In der gleichen Zeit habe die Zunahme der Frauenbeschäftigung 74 Prozent betragen, während die Zahl der beschäftigten Männer sich nur um 43 Prozent erhöhte. Russe forderte, daß endlich damit aufgehört werden müsse, die Berufsarbeit der Frau nur als einen vorübergehenden Zustand zu kennzeichnen. Dies sei auch ein Grund dafür, daß z. B. auch heute noch Mädchen keine oder nur eine unzureichende Berufsausbildung erhalten, selbst wenn die Voraussetzungen für eine qualifizierte Ausbildung vorliegen.

In seinen weiteren Ausführungen unterstrich der Referent, daß die tägliche Arbeitszeit für die erwerbstätige Frau zu lang sei. Dies sei durch Untersuchungen von Arbeitsphysiologen und Mediziner bewiesen worden. Es sei auch festgestellt worden, daß zur Zeit jede fünfte Arbeiterin in Wechselshift arbeitet. Dabei sei der Anteil der Frauen mit Kindern in Wechselshift höher als der Anteil der Frauen ohne Kinder. Für 60 Prozent dieser Arbeiterinnen eine Arbeitszeit hätten, zwischen 5 und 6 Uhr, sieben Prozent fangen sogar vor 5 Uhr früh an zu arbeiten. Eine Untersuchung habe auch ergeben, daß elf Prozent der Schichtarbeiterinnen eine Arbeitszeit hätten, die gegen gesetzliche Bestimmungen verstoße. Der Referent sprach sich dagegen aus, daß Frauen Nacharbeit leisten.

Nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers der Sozialausschüsse ist der Trend zur Zunahme der Mütterarbeit nicht aufzuhalten. Seit 1950 habe die Zahl der verheirateten, erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 14 Jahren z. B. um 74 Pro-

zent zugenommen. Diese Zahl sei um so stärker gestiegen, je größer die Kinderzahl im Haushalt war. In derselben Zeit nahm z. B. die Zahl der verheirateten Frauen um 20 Prozent zu. Russe ergänzte seine Feststellungen mit dem Hinweis: „Ich wiederhole es, der Trend zur Zunahme der Mütterarbeit ist nicht aufzuhalten, denn betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Tatbestände spielen dabei ebenso eine Rolle, wie Gesichtspunkte, die sich aus der Emanzipation der Frau ganz allgemein ergeben. Trotzdem spreche ich mich dafür aus: Wegen der übergroßen Belastung der Mütter selbst und wegen der Auswirkungen auf die Familien und die Kinder sollte die Tendenz zur weiteren Zunahme der Mütterarbeit aufgehalten werden!“

Diesen Gesichtspunkt erläuternd sagte: „Wenn man dafür eintritt, Mütter, insbesondere Mütter mit kleinen Kindern, sollten möglichst keiner Erwerbsarbeit nachgehen, so heißt das nicht zugleich, alle Mütter aus dem Betrieb herausgehalten zu wissen. Aber es liegt darin gleichzeitig der Versuch, den materiellen Zwang abzubauen, der oft die Ursache für die Erwerbsarbeit der Mütter ist.“ Hermann Josef Russe forderte die Erweiterung des Familienausgleichs für alle Kinder bis zur Höhe der durchschnittlichen Kosten, die für die Kinder aufgewendet werden müssen.

**Dr. Günter Felix, Fachanwalt für Steuerrecht,** sprach sich in einem Arbeitskreis dafür aus, daß die Umschulungs- und Fortbildungskosten, die eine Ehefrau aufwendet, um ihren ursprünglichen Beruf — oder einen ähnlichen — wieder aufzunehmen, nachdem sie ihre Kinder großgezogen hat, steuerlich abzugsfähig gemacht werden müssen. Er erklärte, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereit sei, sich dieser Frage auf breiter Ebene anzunehmen.

**Über „Die berufstätige Frau im Spiegel von Presse, Funk, Film und Fernsehen“ sprach der Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens, Prof. Holzamer.**

Er erklärte, daß die Anzahl der nicht in leitenden Funktionen arbeitenden Redakteurinnen nicht groß genug sei, um den notwendigen gestalterischen Einfluß der Frau in der modernen Gesellschaft zu repräsentieren bzw. zu prägen. Als Beispiel nannte er, daß beim Zweiten Deutschen Fernsehen 12 Prozent der Redakteure Frauen seien. Die Zahl der mit Hilfsdiensten beschäftigten Frauen in funk- und fernsehtypischen Sparten sei dagegen recht beachtlich. Es sei auch oft festzustellen, daß zunehmend mehr Frauen als Ton- und Bildtechnikerin arbeiteten.

**Die Referentin für Frauen- und Jugendfragen im Deutschen Institut, Dr. Dorothee Wilms, referierte über „Bildungsfragen“.**

Sie stellte in ihrem Referat fest, daß die berufliche Tätigkeit im Leben einer jeden Frau einen beachtlichen Raum einnehme. Diese Tatsache müsse in der Erziehung und Bildung von Mädchen und Frauen berücksichtigt werden. Viele junge Mädchen nähmen die Berufsausbildung und -ausübung häufig nicht ernst genug, weil sie diese Jahre nur als eine Übergangszeit bis zur Ehe sähen. Im allge-

meinen hätten jedoch die Mädchen erkannt, daß eine Berufsausbildung in der heutigen Gesellschaft eine sichere Existenzgrundlage biete.

Die Berufs- und Arbeitsmarktstatistiken, so führte die Referentin weiter aus, würden diesen Trend deutlich widerspiegeln. Von allen Mädchen, die in den letzten Jahren ins Berufsleben getreten seien, hätten bereits über die Hälfte ein betriebliches Ausbildungsverhältnis als Lehr- und Anlernung abgeschlossen. Etwa ein Drittel sei erst nach dem Besuch einer Berufsfachschule als qualifizierte Berufsanfängerin ins Berufsleben eingetreten. Nur noch 12 bis 14 Prozent hätten als Ungelehrte den Weg in die Landwirtschaft, in die Industrie oder die Hauswirtschaft gefunden. Der Prozentsatz der schulentlassenen Mädchen, die ein Lehrverhältnis abschließen, sei, nach Angaben von Frau Dr. Wilms, um mehr

Fortsetzung Seite 6

## „Ein Durchbruch für Europa“

Fortsetzung von Seite 1

zufolge bleibt eine gemeinsame Politik auch immer wieder Belastungen ausgesetzt, an denen sich aber gerade die Freundschaft zu bewähren hat. Ich weiß, daß auch unsere französischen Freunde den Blick auf das große gemeinsame Ziel gerichtet halten. Das alte Europa ist nicht untergegangen. Wenn es einig ist, wird es vielmehr eine Renaissance erleben. Dann wird vergessen sein, daß es nach dem Zusammenbruch so scheinen mochte, Europa, das der Welt so viel gegeben hat, sei verloren. Wir danken es unseren amerikanischen Freunden, daß sie uns damals in großer Not die Hand zur Rettung gereicht haben.

Ich wiederhole es: Europa lebt. Und das gerade heißt und bedeutet, daß wir die Vollendung als einen Auftrag erkennen, der den Nationen Größe und Entschlossenheit für das Werk abverlangt.

Die Bundesregierung fühlt sich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der deutschen Landwirtschaft ein Ausgleich für die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen in der EWG hinsichtlich der Kosten, Lasten und Sozialleistungen gewährt wird, solange deren Harmonisierung noch nicht auf andere Weise hergestellt ist. Demzufolge wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag in Übereinstimmung mit den Koalitionsfraktionen bereits für 1965 ein Anpassungsprogramm in Höhe von 840 Millionen DM vorlegen, das insbesondere zur Verstärkung der Investitionen Mittel in Höhe von 380 Millionen DM und weitere Mittel zur Mehrung der sozialen Sicherheit gerade auch der kleineren und mittleren Betriebe im Ausmaß von 300 Millionen DM vorsieht. Dieses Programm wird fortgeführt und ab 1966 durch eine weitere Hilfe in Höhe von 260 Millionen DM vor allem für die Verbesserung der Marktstruktur und der Markttechnik auf 1,1 Milliarden DM aufgestockt werden.

Mit diesem Programm bringt die Bundesregierung ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, der Landwirtschaft in den noch verbleibenden Jahren des Übergangs so weit und so wirksam zu helfen, daß sie zum Beginn des gemeinsamen Agrarmarktes allen Aufgaben und Anforderungen voll gewachsen und in der Lage ist, auch für sich die Chancen eines umfassenden Marktes wahrzunehmen.“

# 20 Jahre Teilung sind genug

Dr. Gradl: Den Kreml mit Vernunft bedrängen

Eine „offensive Deutschlandpolitik des Westens“ forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Gradl bei der zehnten Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin. Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Barzel vertrat dabei die Ansicht, daß jetzt Chancen vorhanden seien, den status quo der deutschen Teilung zu verändern.

„In unserem Lande“, so erklärte Dr. Gradl u. a., „gibt es eine intensive Diskussion darüber, wie man gegen die Spaltung Deutschlands angehen könnte. Sie ist ein Zeichen dafür, daß die Menschen bewegt sind und nicht vor lauter Wirtschaftsdenken die nationale Kernfrage vergessen haben. Die Deutschen fragen nach einer Politik, die sie vorwärts bringt zu einem ungeteilten Deutschland.“

Kein vernünftiger Mensch täuscht sich darüber, daß die Sowjetunion der Urheber der Spaltung ist. Nicht dies ist die Frage, sondern was man zu tun gedenkt, um die Sowjetunion zu einer anderen Haltung zu bringen. Die Antwort, man könne die Sowjets nicht mit Gewalt zur Vernunft zwingen, genügt nicht.

So drängt sich die Frage einfach auf, ob der Westen unter diesen Umständen bei der defensiven Deutschlandpolitik bleiben will. Denn defensive Politik hat man seit vielen Jahren betrieben. Wenn die Sowjets drohten, hat man abgewehrt; wenn sie Ruhe gaben, hat man sich zufriedengegeben. Damit will ich beileibe nicht die Leistungen und die Risikobereitschaft unserer westlichen Freunde, insbesondere in der Verteidigung Berlins, abwerten. Als Berliner bin ich der letzte, der das tun würde. Aber die Wahrheit gebietet festzustellen, daß man in bezug auf Deutschland als Ganzes seit langem immer nur reagiert hat. Das, was wir brauchen, ist nicht eine reagierende, sondern eine offensive Deutschlandpolitik des Westens.

Die Auffassung, man müsse erst abwarten, bis sich die Situation im Kreml nach Chruschtschows Sturz geklärt habe, kann nicht zum Stillhalten überzeugen. Im Gegenteil, gerade jetzt, wo das sowjetische Denken in Bewegung ist, muß der Westen die längst überfällige deutsche Frage stellen.

Es muß eine Politik geformt werden, die die deutsche Wunde nicht bloß steril hält, sondern die sie heilt. Eine Politik, die das Übel der Spaltung angreift, statt es jahrein, jahraus als gegeben hinzunehmen. Wird damit eine Politik gegen Entspannung verlangt? Keineswegs, im Gegenteil! Der Welt könnte gar keine stärkere Entlastung gegeben werden als die friedliche Lösung der deutschen Frage auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts und eines europäischen Sicherheitssystem. Der gefährlichste Konflikttherd zwischen West und Ost wäre damit beseitigt. Außerdem: nichts würde von der Sowjetunion verlangt, was ihr Rechtens zusteht oder was ihre Existenz auch nur berühren würde. Richtig ist, daß die sowjetische Politik bedrängt werden soll, bedrängt, aber nicht mit Gewalt, sondern mit Vernunft. Denn das Ziel soll ja eine echte Verständigung mit der Sowjetunion sein, um in Europa den Kalten Krieg zu beenden und Frieden herzustellen.

Welcher Art aber können politische Anstrengungen sein, um den Kreml zum Einlenken zu bewegen? Mit dem bloßen Wiederholen harter Forderungen ist das nicht getan. Eine Konzeption für die Mitte Europas muß entwickelt, eine Ordnung muß entworfen werden, die allseitig zumutbar und für jedermann, der überhaupt einsehen will, einleuchtend ist. Alle wesentlichen Elemente in der Ost-West-Auseinandersetzung um Deutschland müssen dabei erfaßt und gebündelt werden, politische, militärische und ökonomische Realisierung des Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschen in gesicherten Schritten, verbunden mit einem wohlfundierten System von Garantien, das den Nachbarn Deutschlands und den Deutschen selber die notwendige Sicherheit vermittelt, dazu wirtschaftliche Beiträge — dies zusammen wird die Substanz einer Konzeption des mitteleuropäischen Friedens bilden.

Die Einzelheiten werden in diplomatischen Erkundungen und am Verhandlungstisch zu gestalten sein. Nicht auf einen perfektionistischen Plan kommt es zunächst an, sondern auf den großen Entwurf, der der sowjetischen Spannungspolitik entgegengesetzt wird. Der Politik der Mauer muß vor den Augen und im Urteil der Welt das Konzept einer besseren Ordnung gegenübergestellt werden. Die Deutschen werden in einer solchen Ordnung fähig und bereit sein, dem Aufbau in Osteuropa und in der notleidenden Welt starke wirtschaftliche Hilfe zu bieten.

Ich glaube nicht, daß sich jemand in unserem Lande wird weigern wollen, bei einer solchen Entwicklung zu Einheit und Frieden einen materiellen Preis, eine Art Zusatzsteuer als materielles Opfer zu leisten. Und ich bin überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft es nicht an Arbeitsstunden fehlen lassen wird. Eine halbe Arbeitsstunde mehr in der Woche wäre bereits so viel wie eine viertel Million zusätzliche deutsche Arbeitskräfte.“

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Barzel, der sich auf der Jahrestagung des Kuratoriums zur Deutschlandpolitik äußerte, verlangte Mut zu einer Politik, die in ihren Grundsätzen fest sei, aber in den Methoden Beweglichkeit zeigen müsse. Allerdings müsse jedes Geschenk an die kommunistischen Unterdrücker verweigert werden. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Barzel, daß die Vereinigung des deutschen Vaterlandes nicht in Widerspruch zur Einigung Europas stehe. Jetzt sei die Chance da, den status quo, der sich durch Mauer und Unmenschlichkeit manifestiere, schrittweise zu verändern. Es seien aber illusorische Erwägungen, erklärte Dr. Barzel, die Wiedervereinigung durch ein Abwenden von unseren westlichen Verbündeten nur in Moskau zu erreichen.

## Auf ein Wort

Liebe Freunde,

seit einiger Zeit glaubt die SPD eine Zauberformel, ein Sesam-öffnendich für den Weg an die Macht gefunden zu haben: Sie spricht von Gemeinschaftsaufgaben. Sie fordert mehr Schulen, mehr Straßen, mehr Krankenhäuser, mehr Altersheime. Aber leider sagt sie uns nicht, wie sie das alles bezahlen will.

Statt dessen wirft die SPD uns vor, wir hätten die Gemeinschaftsaufgaben vernachlässigt. Es gibt zu wenig Lehrer, sagt sie: Daran ist die CDU schuld. Menschen sterben an Krebs und Herzkrankheiten: Die CDU hat zu wenig für die Gesundheitsvorsorge getan. Unsere Autos haben keinen Platz mehr auf unseren Straßen und in unseren Städten, sagt sie: Das liegt nur an der CDU. Man wundert sich fast, wenn sie uns nicht auch noch dafür die Schuld in die Schuhe schiebt, daß es in unserer blühenden Wirtschaft zu wenig Arbeitskräfte gibt.

Was soll eigentlich dieses ganzeerede von den Gemeinschaftsaufgaben? Ist es etwa nicht eine Gemeinschaftsaufgabe erster Ordnung gewesen, das Millionenheer der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik einzuzugliedern? Ist es etwa keine Gemeinschaftsaufgabe gewesen, wenn in wenigen Jahren acht Millionen Wohnungen gebaut worden sind? War es keine Gemeinschaftsaufgabe, wenn in den letzten Jahren mehr Straßen und Autobahnen bei uns gebaut worden sind als in jedem anderen europäischen Land?

Dies alles und vieles andere mehr ist jahrelang gegen den fanatischen Widerstand der SPD erreicht worden. Die große Gemeinschaftsaufgabe des Wiederaufbaus unseres Landes ist ohne Gefahr für unsere Währung, ohne übermäßige Steuerbelastung unserer Bürger und in voller Freiheit gelöst worden. Wer ist die SPD und was hat sie seit 1949 geleistet, daß sie uns jetzt erzählen will, wir hätten die Gemeinschaftsaufgaben vernachlässigt?

Was Herr Brandt in Karlsruhe als Regierungsprogramm verkündete, hat weder Hand noch Fuß. Wer daran zweifelt, braucht nur seine Schlußsprache zu lesen, diesen Wust von Gemeinplätzen. Wie schon 1961 hat Brandt auch diesmal jedem alles versprochen. Aber er hat mit keinem Wort gesagt, wie er sein Programm finanzieren will, ohne uns geradewegs in die Inflation zu treiben.

Lassen wir uns deshalb nicht irre machen. Wir wissen sehr wohl, was Gemeinschaftsaufgaben sind. Wir haben sie in der Vergangenheit gelöst, und werden sie — eine nach der anderen — auch in Zukunft lösen.

Ihr

Konrad Kraske

# Saar erwartet Finanzhilfe

## Aufgaben sind nicht allein zu lösen

Der Saarlandtag hat in erster Lesung den Etat für 1965 gebilligt, der noch vor Jahresende endgültig verabschiedet werden soll. Auf finanzpolitischem Gebiet führten die konsequenten Einsparungsmaßnahmen der Regierung Dr. Röders und die unermüdlenden Verhandlungen mit den zuständigen Bundesressorts zu erfreulichen Resultaten.

Wie der saarländische Minister für Finanzen und Forsten, Professor Dr. Paul Senf, mitteilte, darf damit gerechnet werden, daß Bonn die 250-Millionen-DM-Finanzhilfeschuld des Saarlandes in einen „verlorenen Zuschuß“ umwandelt. Es ist ferner zu erwarten, daß durch die wahrscheinliche Änderung des Länderfinanzausgleichsgesetzes das Saarland jährlich einen von den Steuereinnahmen vorweg abzuschreibenden Betrag von 35 Millionen DM einbehalten kann, und daß außerdem die Finanzausgleichszuweisungen von 60 auf 65 v. H. erhöht werden. Weiterhin zeigt sich die Bundesregierung bereit, eine Bundeshilfe für das Saarland wohlwollend in Erwägung zu ziehen.

Diese positiven Aspekte bildeten den Grundton der 68 Seiten umfassenden Budgetrede, in der Prof. Senf keineswegs den Versuch machte, die trotz allem noch recht angespannte Finanzsituation des zehnten Bundeslandes irgendwie zu beschönigen. Der Entwurf für 1965 schließt im ordentlichen Etat in den Einnahmen und Ausgaben mit 803 Millionen DM, im außerordentlichen mit 129 Millionen DM ab, im Plan für das ERP-Sondervermögen mit 2,9 Millionen DM. Das sind insgesamt 935 792 450 DM. Im verflossenen Jahr stellten sich die effektiven Einnahmen auf 886,3 Millionen DM und die Ausgaben auf 884,3 Millionen DM, was einen Über-

schuß von 2 Millionen DM bedeutet. Der Gesamtetat des laufenden Jahres war auf 862,9 Millionen DM beziffert. Zwischen den Haushaltsplänen von 1964 und 1965 ergibt sich eine volumenmäßige Differenz von 72,9 Millionen DM, das heißt eine Steigerung um 8,4 v. H. Sie basiert vor allem auf den unabwendbaren Ausgabenerhöhungen von 35,5 Millionen DM im Personalbereich und von 15,4 Millionen DM im Schulwesen.

Der Finanzminister sah sich erstmalig dazu ermutigt, einen Anfangsschritt zur

strukturellen Verbesserung des saarländischen Haushalts zu tun. Angesichts der Bonner Zusage hat er in den Etat 1965 unter der Firmierung „Änderung des Länderfinanzausgleichs — Finanzhilfe des Bundes“ eine Einnahme in Höhe von 50 Millionen DM eingesetzt und Maßnahmen im Umfang von rund 42,7 Millionen DM, die bisher als Zuschüsse und Beihilfen (Fremdaufwand) im außerordentlichen Haushalt veranschlagt wurden, als einmalige Ausgaben in den ordentlichen Haushaltsentwurf 1965 verlagert.

Das Saarland ist 1961 in den geltenden Länderfinanzausgleich „schematisch eingegliedert“ worden ohne Berücksichtigung seiner eigenständigen Belange. Es war nicht möglich, größere Rücksicht zu nehmen auf die feste Verwaltungsbelastung, die bei dem bevölkerungsbezogenen Ausgabenausgleich des bestehenden Systems ein geographisch und an Einwohnerzahl kleines Land gegenüber einem solchen mit hoher Bevölkerungsziffer benachteiligen muß.

# Die Aufgaben der Gemeinden

## Ministerpräsident Dr. Lemke sprach über die EWG-Anpassung

Vor der Kommunalpolitischen Vereinigung der schleswig-holsteinischen CDU befaßte sich Ministerpräsident Dr. Lemke mit der Rolle, die den Gemeinden bei der Verwirklichung des EWG-Anpassungsprogramms zufalle.

Der Ministerpräsident nannte neun besonders wichtige Aufgaben:

● Bis 1970 sollen 90 Prozent der Bevölkerung an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen sein. Da es bisher 70 Prozent sind, ist eine Erhöhung des gegenwärtigen Bauvolumens von Wasserversorgungsanlagen notwendig.

● Die Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung sollen beschleunigt werden. Künftig sollen jährlich 53 Millionen statt bisher 35 Millionen für diesen Zweck aufgewendet werden.

● Das Tempo für den Bau befestigter landwirtschaftlicher Wirtschaftswege soll ebenfalls erhöht werden. Bis 1970 soll das Wegenetz von 5400 auf 12 000 km ausgebaut werden.

● Die Gemeinden sollen „Geländevorratwirtschaft“ betreiben, um in ausreichendem Maße Industriegelände beschaffen und erschließen zu können.

● Zum Ausbau des Fremdenverkehrs sind erhebliche Investitionen notwendig, für die rund 50 Millionen DM erforderlich sein werden, die zu einem nicht unerheblichen Teil von den Gemeinden aufgebracht werden müssen.

● Investitionen für die Elektrizitätswirtschaft sind für die nächsten fünf Jahre mit 700 Millionen DM veranschlagt worden, davon entfallen etwa 386 Millionen DM auf die kommunalen Versorgungsbetriebe.

● Um die Gemeinden besser an die Bundes- und Landstraßen anschließen zu können, sind für den Ausbau des Straßennetzes 600 Millionen DM erforderlich, dazu kommen weitere 425 Millionen für den Aus- und Umbau der innerstädtischen Straßen in größeren Orten.

● Der Verbesserung des Verkehrs dienen auch der Bau von Zentralomnibusbahnhöfen sowie der Ausbau und die Modernisierung der Häfen Lübeck, Kiel und Flensburg.

● Die Investitionen für das Bildungs- und Ausbildungswesen werden auf 650 Millionen DM geschätzt. Die im EWG-Programm enthaltenen Hauptaufgaben betreffen einen Generalschulbauplan für das Hamburger Randgebiet sowie den Bau von Dörfergemeinschaftsschulen.

# SPD will „Sekt und Kaviar“

## Bremen plant trotz Schulden Geburtstagsfeier für 2,5 Millionen

Es hat sich mittlerweile im Bundesgebiet herumgesprochen, daß Bremen stark verschuldet ist. Dennoch plant der SPD/FDP-Senat, das tausendjährige Bestehen der Stadt im nächsten Jahr mit einer Schau zu feiern, die 2,5 Millionen DM kosten soll. Die CDU argwöhnt sicher nicht zu Unrecht, daß diese Feier hauptsächlich der „Selbstdarstellung der SPD“ dienen soll.

Über eine Stunde wurde während der Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche in der Bürgerschaft über dieses Thema diskutiert. Die CDU wurde mit ihrer Forderung, die Kosten auf maximal 1,5 Millionen DM zu begrenzen, von der SPD und FDP überstimmt. Vergeblich hatten die CDU-Abgeordneten Dr. Cassens und Kulenkampf an die Koalition appelliert, angesichts der schwierigen Finanzlage der Stadt auf derart aufwendige Feiern zu verzichten. Kulenkampf hatte dabei die Lage der Stadt mit dem Geburtstag eines stark verschuldeten Mannes verglichen, der „keinen Sekt und Kaviar anbieten“ könne. Doch SPD und FDP entschieden sich mit ihrer Mehrheit für Kaviar und Sekt, die Bürger zahlen's ja ...

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Sieling übte in der Debatte noch einmal scharfe Kritik am Senat, der schlecht gewirtschaftete habe, wie der Borgward-Zusammenbruch, der Bau der Stadthalle und des neuen Bürgerschaftsgebäudes bewiesen hätten. Sieling berief sich auf Feststellungen des Landesrechnungshofes, als er

feststellte, daß es noch Dienststellen gebe, bei denen noch in erheblichem Umfang Personal eingespart werden könne: „Auch bei der Verteilung der Aufgaben an die einzelnen Bediensteten werden die Grundsätze der Rationalisierung nicht genügend beachtet.“

Auch der CDU-Abgeordnete Hardegen kritisierte den Bau des Bürgerschaftsgebäudes, über dessen Kosten irreführende Angaben gemacht worden seien. Früher habe der Senat immer von 8 Millionen Kosten gesprochen, jetzt sei im außerordentlichen Haushalt von 10,5 Millionen DM die Rede.

Mit seiner Kritik an der Ausbildung der Bereitschaftspolizei traf der CDU-Abgeordnete Cassens genau ins Schwarze. SPD-Innensenator Koschnick mußte die Kritik anerkennen. Er versuchte sie zwar, dadurch zu bagatellisieren, daß er erklärte, Cassens renne offene Türen ein, denn er plane eine Untersuchung darüber, wie die Ausbildung reformiert werden könne. Aber immerhin gestand der Senator ein, daß die bisherige Ausbildung nicht in Ordnung ist.

# Aktive Öffentlichkeitsarbeit

## Stärkung des demokratischen Bewußtseins in den Gemeinden

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Südbaden veranstaltete vor kurzem einen Kongreß, auf dem Fragen der Wohnungspolitik und der Raumordnung behandelt wurden. Die Leistungen des Landes unter einer CDU-Regierung erlauben es nach Ansicht der Kommunalpolitiker, mit Zuversicht in die nächsten Gemeindewahlen zu gehen.

Baden-Württemberg, so wurde in der Tagung unterstrichen, gehört zu den kommunalfreundlichen Ländern der Bundesrepublik. Der Vorsitzende der KPV, Bürgermeister Braun, Oberkirch, wies darauf hin, daß die finanziellen Leistungen des Landes für die Gemeinden bis auf 1,7 Milliarden DM im Rechnungsjahr 1965 angestiegen seien. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde den Vertretern aus den Kreisvereinigungen der KPV besonders ans Herz gelegt.

Bei der Neuwahl des Landesvorstandes wurde Bürgermeister Braun wiederum mit großer Mehrheit zum ersten Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter und gleichzeitig geschäftsführender Vorsitzender wurde Regierungsrat Dr. Wunsch. Er beschäftigte sich in seinem Referat vor allem mit Fragen der Raumplanung. Diesem Problem komme dadurch besondere Bedeutung zu, da der Trend zu Vorort-siedlungen der Städte die Gefahr mit sich bringe, die Anonymität der Bürger zu verstärken. Die Tatsache, daß bei den Kommunalwahlen 1962 die Wahlbeteiligung von 72,9 v. H. in Gemeinden zwischen 3000 und 5000 Einwohnern und die von Städten über 150 000 Einwohnern auf 53 v. H. zurückgegangen sei, zeige die Notwendigkeit einer Verstärkung des demokratischen Bewußtseins im kommunalen Bereich. Dr. Wunsch sprach sich dafür aus, die Verteilung der öffentlichen Mittel für Wohnungsbau und Industrieförderung nicht mehr nur nach Schwerpunkten durchzuführen, sondern das Gewicht vor allem darauf zu legen, Dörfer und Kleinstädte vor einem weiteren Bevölkerungsrückgang zu bewahren.

Eingehend wurde auch der Entwurf zur Änderung des Kommunalwahlrechtes in Baden-Württemberg diskutiert. Das rollierende System bei den Gemeinderatswahlen bringe eine Unruhe mit sich, die nach Ansicht der Delegierten vermieden werden sollte. Dem gegenüber wird nicht an eine Aufhebung des Kumulierens und des Panaschierens gedacht, da sich diese Möglichkeiten bewährt hätten.

## Wohnungsbau für alte Menschen

Bundeswohnungsbauminister Lücke will den Ländern zur Förderung des Wohnungsbaus für alte Menschen insgesamt 12 Millionen DM Bundesmittel zur Verfügung stellen. Diese Summe soll zusätzlich zu den öffentlichen Baudarlehen der Länder Wohnraum neu schaffen, der die Bedürfnisse alter, nicht mehr erwerbsfähiger, alleinstehender Personen oder Ehepaare sichert. Für eine abgeschlossene Altenwohnung kann danach ein zinsgünstiges Bundesdarlehen bis zu 4000 DM gewährt werden. Wohnplätze für alte Menschen sowie für das Pflege- und Hauspersonal in alten Wohnheimen werden mit Darlehenssätzen des Bundes in Höhe von 2500 DM bei einer Einpersonenzwohnung und in Höhe von 3000 DM bei einer Zweipersonenzwohnung gefördert werden.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt veranstaltete die nordbadische CDU ebenfalls einen Kommunalkongreß. Innenminister Dr. Filbinger setzte sich für eine Verstärkung der Leistung der staatlichen Wohnungspolitik in Zusammenarbeit mit kommunaler Initiative ein. Vor allem soll das Gebiet der Odenwald-Kreise gefestigt werden. Dr. Filbinger nannte vor allem die Nahbereiche Mosbach, Buchen, Adelsheim, Osterburken, Tauberbischofsheim und Lauda. In diesem Zusammenhang bekomme das regionale Förderungsprogramm Odenwald besonderes Gewicht. Vom Land sei dafür von 1960 bis 1964 eine Summe von insgesamt 33,5 Millionen DM aufgewendet worden. Im Haushaltsplan 1965 ständen zusätzlich weitere 9,6 Millionen DM für den Odenwald bereit.

Staatssekretär Prof. Dr. Ernst vom Bundesministerium für Wohnungsbau sprach über die Raumordnungspolitik, die auch eine Erneuerung der Dörfer umfasse. Diese Aufgabe sei aber nur gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden zu lösen.

## Fernsehen und Hörfunk

# Karlsruher Blendwerk

Rundfunk und Fernsehen sind mit den Sendezeiten für Berichte und Kommentare vom Karlsruher Parteitag der SPD nicht eben sparsam umgegangen, und so hatte der Bundesbürger ausgiebige Gelegenheit, das Unisono sozialdemokratischen Vom-Blatt-Singens zu studieren. Vornehmlich Willy Brandt, als erneut bestätigter Kanzlerkandidat - Hauptmimer der Veranstaltung, entlockte seiner Wahl-schmalmei immer neue Zusagen und Verbindlichkeiten wirtschafts- wie sozialpolitischen Gepräges für den Fall, daß seine Partei bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr erfolgreich abschneiden würde.

Deshalb konnte man Kurt Wessel dankbar sein, daß er am vergangenen Mittwoch in „Unter uns gesagt“ mit Erfolg versucht hat, die Verheißungen des SPD-Vorsitzenden kritisch zu durchleuchten. Wessel hatte dabei Berlin als Gesprächs-ort gewählt und neben Willy Brandt die Journalisten Dr. Paul Noack, Klaus Bölling und Dr. Dietrich Bartens eingeladen.

Man plauderte über Parteinternas, sprach über europäische und atlantische Probleme, bis man auf die uferlosen Karlsruher Versprechungen Brandts zu reden kam, die Probleme wie Volksrente, Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Erneuerung der Städte und des Verkehrswesens betrafen. Hier wurde das Gespräch überaus aufschlußreich. Kurt Wessel war der Ansicht, die Verwirklichung dieses ganzen Kataloges von „Zukunfts“-Plänen erfordere doch be-

## Gezielte Ausbildungshilfe

Der Bundestagsausschuß für Familien- und Jugendfragen behandelte in seiner letzten Sitzung das Initiativgesetz der CDU/CSU und der FDP über die Änderung des Bundeskindergeldgesetzes. Bekanntlich sieht dieser Entwurf vor, daß für das zweite Kind bei Familien mit mehr als zwei Kindern ohne Einkommensgrenze für jedes in der Schulausbildung befindliche Kind ab 15. Lebensjahr und eventuell bis zum 27. Lebensjahr ein Beitrag von monatlich 40,— DM gewährt werden soll. Der SPD-Entwurf sieht dagegen eine Gewährung des Kindergeldes normaler Form an alle Zweitkinder ohne Einkommensgrenze vor. Die Koalitionsparteien sind der Ansicht, daß ihr Entwurf eine gezieltere Hilfe für die Familien ermögliche.

## Lehrerbesoldung verbessern!

Die CDU-Fraktion des Saarlandtags hat Kultusminister Dr. Franz Josef Röder ersucht, Vorschläge für eine Anhebung der Eingangsgruppe der Volksschullehrer nach A 11 (Amtmann) und damit verbunden eine Anhebung der übrigen im Volks- und Mittelschuldienst tätigen Lehrergruppen zu unterbreiten. Fraktionsvorsitzender Franz Schneider begründete diese Intervention mit der Feststellung, der Volksschullehrer müsse heute ein verlängertes Hochschulstudium von sechs Semestern absolvieren. Auch in den übrigen Bundesländern stelle man Überlegungen in der gleichen Richtung an.

trächtliche Steuererhöhungen und zusätzliche Preissteigerungen, und so fragte er Brandt am Beispiel der Volksrente, wie man sie eigentlich finanzieren wolle, ohne die Taschen der Landeskinder schwerstens zu belasten. Damit aber war der SPD-Vorsitzende überfragt, er meinte nur: „Wir hatten gute Gründe, den (Volksrenten-)Plan jetzt nicht im einzelnen vorzulegen. Wir werden ihn noch genau durchrechnen mit den Finanzpolitikern und ihn dann Anfang des Jahres unterbreiten.“

Obwohl Brandt nach diesem Eingeständnis politischer Leichtfertigkeit hätte gewarnt sein müssen, gab er sich weiteren Sandkastenspielen hin, indem er, wie er ausführte, für die nächsten zehn Jahre ein jährliches Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent erwarte. Auch der vorsichtige Einwand Dr. Noacks, es könne doch vielleicht auch mal ein Stillstand eintreten, vermochte Brandt nicht zu erschüttern.

Ziemlich bestürzend müssen aber diese SPD-Visionen auf den kritischen Fernsehzuschauer gewirkt haben, der sich plötzlich der Gefährlichkeit dieses volkswirtschaftlich gewagten Spieles bewußt wurde. Es ist nur zu verständlich, daß den Staatsbürger bange Ahnung überfällt, wenn er an den Tag denkt, an dem die SPD ihre Versprechungen „nachgerechnet“ hat. Diese Tatsache ins Licht der Öffentlichkeit gerückt zu haben, ist das Verdienst dieser Sendung.

Wt.

# Frau und Arbeitsrecht

Fortsetzung von Seite 2

als 80 Prozent gestiegen. Der Anteil der weiblichen Lehrlinge habe 1963 bei einer Gesamtlehrlingszahl von 1,2 Millionen rund 34 Prozent betragen.

Die Referentin erwähnte auch, daß viele Eltern ebenso wie ihre Töchter einen zu geringeren Überblick über die ganze Skala der beruflichen Möglichkeiten haben: „Leider wird von der individuellen Berufsberatung gerade von Mädchen noch viel zu wenig Gebrauch gemacht. Oft wählen Mädchen, aber auch Jungen, ihren Beruf nur aus der Sicht einzelner Funktionen, die ihnen beim Schulabgang gefielen.“ Als einen Grund dafür, daß sich nur relativ wenige Mädchen für Berufe entschließen, in denen Frauen noch nicht lange tätig sind, nannte die Referentin eine allzu kurzfristige Berufs- und Ausbildungsplanung. Es sei nicht leicht, im Bewußtsein der Mädchen und auch ihrer Eltern neue Berufe zu verankern.

Aus dieser einseitigen Berufswahl ergeben sich die folgenden Zahlen: Bei den Berufswünschen haben 1962/63 die Büroberufe mit 21 Prozent dominiert. Die Dienstleistungsberufe seien von 16,7 Prozent der Mädchen angestrebt worden. Die naturwissenschaftlich-technischen Berufe wurden mit 15,9 Prozent mehr als früher begehrt. Es folgen die Verkaufsberufe mit 15,1 und die pflegerischen und sozialen Berufe mit 14,5 Prozent. Die Referentin stellte auch fest, daß die Abiturientinnen an einer praktischen Ausbildung weniger interessiert seien. Das Streben nach einem akademischen Beruf sei bei ihnen groß. Allein 59,4 Prozent würden einen Lehr- und Erziehungsberuf anstreben. Der Anteil der weiblichen Studenten an den Pädagogischen Hochschulen übersteige bereits 50 Prozent, erklärte die Referentin.

In ihrem Abschlußreferat sprach die Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, die Bundestagsabgeordnete Frau Aenne Brauksiepe über das Thema „Der Auftrag der Frau in der Politik“.

## Keine „bösen Menschen“

SPD-Jugend liebäugelt mit der Zone

Die SPD hat bekanntlich mit ihren Nachfolgeorganisationen nicht immer Glück. Ein Beispiel dafür lieferte ein Diskussionsabend, den vor kurzem die Jungsozialisten aus Weil am Rhein veranstalteten.

Das Hauptreferat der Veranstaltung hat der stellvertretende Kreisvorsitzende der Jungsozialisten zu einer massiven Kritik an der Haltung der SPD benutzt. Nach Zeitungsberichten unterstrich er, daß die Bildungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone äußerst aktiv sei und Ähnlichkeit mit den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD zeige. Darin sah der Redner die besten Chancen zur Wiederaufnahme eines Gesprächs mit dem Osten. Die auch von der SPD erhobene Forderung nach freien Wahlen nannte der Redner solange unrealistisch, wie die sowjetische Besatzungsmacht Truppen zwischen Elbe und Oder unterhielten. Vollends gegen die bisherigen Erfahrungen verstieß die unwidersprochene Meinung,

Sie stellte die Frage: „Ist die Arbeiterin, die Angestellte, die Frau im gehobenen Dienst, ist die Ärztin, die Philologin, die Unternehmerin, sind die Tausenden und Tausenden von Frauen, die wir heute im Beruf bewundern und anerkennen, wirklich bereit, sich politisch zu engagieren?“ Sie erinnerte an einen Ausspruch der verstorbenen früheren Reichstags- und Bundestagsabgeordneten Helene Weber 1949 vor dem Bundestag: „Wir stehen nicht mehr in der ersten Periode des Kampfes um die Rechte der Frau, nicht mehr am Anfang der Formulierungen, wir stehen vielmehr in einer zweiten Periode, das ist die, die Erfüllung verlangt“.

Frau Brauksiepe bedauerte, daß die Zahlen der Mandatsträgerinnen in den Parlamenten der Bundesrepublik kleiner und daß die Wege in die Politik schwerer werden. Abschließend sagte sie: „Wenn, das solide Wissen um die politischen Zusammenhänge durch Tausende von Frauen den halbwissenden Kritikern entgegengesetzt würde, wären das die ersten wichtigen Schritte in die politische Arbeit. Sie würden eines Tages genau so erfolgreich in die politische Partnerschaft von Mann und Frau einmünden, wie der Weg von der ersten Mitarbeit der Frau bis in die heutige Breite der Berufswelt. Nachdem die Frau bewiesen hat, daß sie in allen Berufsbereichen Großes leistet, nicht, wie man vor Jahrzehnten glaubte, nur im sozialen und kulturellen Bereich,

bleibt auch dieser Schritt zu tun: Die Zurückhaltung der Politik gegenüber aufgeben, den formenden Einfluß der Frau im öffentlichen Leben anerkennen und sichtbar machen. Sie muß ihre ordnende Kraft, die am Arbeitsplatz Berge versetzt, heute politisch einsetzen.“

**Bundeskanzler Prof. Erhard gab in seinem Schlußwort einen eingehenden Überblick über die gegenwärtige politische Lage.**

Er erinnerte dabei auch an die finstere Stunde der deutschen Politik, als die CDU/CSU in die vorderste Front der Verantwortung gestellt wurde:

„Wir hatten keine Zeit, uns mit Ideologien abzugeben. Wir hatten nicht einmal Zeit, die gesellschaftlich uns überkommenden Gegensätzlichkeiten auszugleichen, jedenfalls nicht als eine primäre und darauf gerichtete Aufgabe“. Der Bundeskanzler setzte sich auch mit der Politik der SPD-Opposition auseinander, die sich nicht dem politischen Kampfe stelle. Statt dessen bemühe sie sich „sich so zu tun, als ob all das, was wir von der CDU bisher getan haben, genau ihr Programm wäre. Sie hat unser Programm weitgehend übernommen“. Die SPD folge um mit einigen Jahren Abstand „Schritt für Schritt und nennt das ganze dann Fortschritt“, sagte der Bundeskanzler. Den SPD-Parteitag habe er verfolgt, er habe alles gelesen, was darüber berichtet wurde, jedoch habe er „nicht einen originären Gedanken darin gefunden, den wir nicht schon gewälzt hätten und mit dem wir uns abgerungen haben“.

## Ein alter Europäer

Bundesvertriebenenminister Lemmer vierzig Jahre Parlamentarier

„Wir ehren hier einen verdienten deutschen Parlamentarier, der schon vor vierzig Jahren ein Bekenntnis zu Europa abgelegt hat und einen Menschen, der aus dem Buch seines Lebens keine Seite zu überschlagen braucht.“

Mit diesen Worten würdigte Dr. Barzel die Verdienste Ernst Lemmers in einer Feierstunde der Pommerschen Landsmannschaft, an der auch Bundeskanzler Prof. Erhard, Bundesgesundheitsminister Frau Dr. Schwarzhaupt sowie zahlreiche andere

führende Vertreter der CDU/CSU und der Vertriebenen teilnahmen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende zitierte dabei die Jungfernrede des früheren Reichstagsabgeordneten Lemmer aus dem Jahre 1925, in der dieser bereits ein Bekenntnis zu einem vereinigten Europa abgelegt hatte.

Lemmer, der in Remscheid geboren wurde, zog am 7. Dezember 1924 als Abgeordneter der „Deutschen Demokratischen Partei“ für den Wahlkreis Pommern zum erstenmal in den Reichstag ein. Obwohl er immer wiedergewählt worden war, zuletzt am 5. März 1933, wurde Lemmer das Mandat durch die NS-Machthaber entzogen.

Nach dem Zusammenbruch gründete Lemmer gemeinsam mit Andreas Hermes, Walter Schreiber und Jakob Kaiser die CDU Mitteldeutschlands. Anfang 1949 mußte Lemmer in den freien Teil Berlins flüchten.

1956 berief der damalige Bundeskanzler den Politiker als Bundespostminister ins Kabinett, später übernahm er das Amt des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen. Nach einem Jahr Unterbrechung kehrte Lemmer als Bundesvertriebenenminister ins Bundeskabinett zurück.

Der Minister war sechs Jahre lang Landesvorsitzender der Berliner CDU, deren Ehrenvorsitzender er heute ist. Er steht weiter an der Spitze der Exil-CDU und des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge.

# VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

## Vertriebene ehren Adenauer

Der Bund der Vertriebenen wird dem früheren Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 14. Dezember eine Ehrenplakette überreichen, die ihm für seine Verdienste um die Fürsorge für die Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge verliehen worden ist. Auch der langjährige Vorsitzende des Bundesvertriebenen-ausschusses der CDU, Reichsminister a. D. Walter von Keudell, wird mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet.

## Vertriebenenkongreß der CDU

Der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Josef Hermann Dufhues hat im neuesten Informationsdienst des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße einen Vertriebenen- und Flüchtlingskongreß angekündigt, „der in Bälde stattzufinden hat“. Die CDU wolle dabei erneut unterstreichen, daß sie nicht gewillt sei, sich in der Fürsorge für die Vertriebenen und Flüchtlinge von einer anderen Partei übertreffen zu lassen. „Die CDU wird mit demselben Elan, mit dem sie auch in der Vergangenheit daran ging, die großen Aufgaben zu lösen, die künftige Arbeit anpacken“, versicherte Dufhues. Die Menschen aus Ost- und Mitteldeutschland gehören zur CDU wie die Partei zu ihnen gehöre.

## Bundespostminister antwortet

Bundespostminister Stücklen hat dem hessischen CDU-Landtagsabgeordneten Richard Hackenberg auf seine Bitte, anläßlich des 20. Jahrestages der Vertreibung im kommenden Jahr eine Serie Sonderbriefmarken herauszugeben, mitgeteilt, daß zum 15. Dezember 1965 eine Dauerserie „Deutsche Bauwerke aus zwölf Jahrhunderten“ erscheinen wird. Die neue Serie, die dem gesamtdeutschen Gedanken gewidmet sein wird, zeigt unter ihren 16 Werten auch Motive aus den deutschen Ostgebieten.

## Kuntscher: Mehr Unterstützung

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Kuntscher, Vorsitzender des Ausschusses für den Lastenausgleich, hat an die Öffentlichkeit appelliert, mehr als bisher hinter den Anliegen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge zu stehen und damit zu deren genügender Beachtung in der politischen Arbeit und in der Gesetzgebung beizutragen. Kuntscher vertrat auch die Ansicht, daß zwischen wirtschaftlicher Eingliederung und verantwortungsbewußter Vertretung des Heimatrechts kein Gegensatz bestehe: „Die Eingliederung verhindert die Erfüllung der kommunistischen Wünsche, die Vertriebenen zum politischen Sprengstoff zu machen.“

# Die Publizisten überzeugen

Interview mit dem Oder/Neiße-Vorsitzenden Josef Stingl

Der Vorsitzende des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße, der Bundestagsabgeordnete Josef Stingl, hat es in einem Interview mit dem Informationsdienst des Landesverbandes als wichtige Aufgabe bezeichnet, die noch gegen die Vertriebenen stehenden Publizisten davon zu überzeugen, „daß sie eine Aufgabe von nationalem Interesse versäumen, wenn sie sich nicht auf die Seite des Kampfes der Vertriebenen um das Recht stellen“.

Stingl sprach sich dabei aufs Neue entschieden gegen einen Verzicht auf die deutschen Rechtspositionen aus: „In der Auseinandersetzung mit dem östlichen Totalitarismus bleibt uns nur das Recht. Darauf dürfen wir nicht verzichten, denn niemand darf und wird so töricht sein, unseren Rechtsanspruch mit Gewalt durchzusetzen. Unsere Aufgabe ist es, das verletzte Recht wiederherzustellen und die Weltöffentlichkeit so aufzuklären, daß keine Lücke in den Geschichtskennntnissen über die Jahre 1945—1949 klafft.“

Zum Verhältnis der Vertriebenen zu den ostmitteleuropäischen Völkern erklärte der Landesvorsitzende, die ostdeutschen Menschen seien — schon auf Grund der früheren Nachbarschaft mit diesen Völkern — besser als andere in der Lage, die Voraussetzungen für ein friedliches und schöpferisches Zusam-

menwirken mit ihnen zu schaffen. „Es steht für uns außer Frage, daß auch diesen Völkern das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht gewährt werden muß.“

Stingl begrüßte in diesem Zusammenhang die Einrichtung von Handelsmissionen in Ostblockländern, „soweit sie nicht mit der Aufgabe unserer Rechte verbunden sind“. Durch die Handelsmissionen könnten persönliche Kontakte geknüpft und viele Vorurteile ausgeräumt werden.

Der Landesvorsitzende kündigte weiter eine enge Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen an. „Die Landsmannschaften haben sich ebenso wie der Bund der Vertriebenen in der Vergangenheit als staaterhaltende Kräfte bewährt“, betonte Stingl.

# Eindrucksvolle Erfolge

Schleswig-holsteinischer Wirtschaftsfonds half den Vertriebenen

Im Anschluß an die 250. Sitzung des Bewilligungsausschusses des „Wirtschaftsfonds für Flüchtlinge“ (Wifo) in Kiel hat der schleswig-holsteinische Sozialminister, Frau Dr. Ohnesorge, die Bedeutung dieses im nördlichsten Bundesland bereits vor der Währungsreform geschaffenen Finanzierungsinstrumentes gewürdigt.

Die heimatvertriebene Wirtschaft hat inzwischen dem Sozialministerium und dem Bewilligungsausschuß für die seit sieben Jahren geleistete Aufbauarbeit gedankt. Die Bereitstellung von 10 Millionen DM Landesmitteln und deren revolvierender Einsatz (insgesamt 4883 Darlehen) habe insbesondere in der schwersten Zeit dazu beigetragen, Vertriebenen, Flüchtlingen und anderen Kriegsgeschädigten durch zinsgünstige und langfristige Kredite die Erweiterung und Festigung von Existenzen zu ermöglichen.

Bei dieser Gelegenheit sprach Ministerialdirigent Dr. Bausenhardt aus der Sicht des Sozialministeriums über die Beendigung der Betreuungsmaßnahmen nach § 13 des Bundesvertriebenengesetzes. Vergünstigungen als Vertriebene oder Flüchtlinge wurden durch das Ministerium erst dann entzogen, wenn erwiesen war, daß die Eingliederung des Betroffenen in das wirtschaftliche und soziale Leben in einem „seiner sozialen und wirtschaftlichen Herkunft nach zumutbaren Umfang“ vollzogen ist.

Wie der Amtschef des Sozialministeriums, Staatssekretär Dr. Otto, dazu ergänzend in einer Pressekonferenz mitteilte, sind aus Landes- und Bundesmitteln bisher Darlehen und Zuschüsse in Höhe von über 50 Millionen DM gezahlt worden. Der Ausfall von nur 3,1 Prozent könne — von der eigentlichen Aufgabe des Wirtschaftsfonds

her gesehen — als äußerst gering bezeichnet werden.

Dreißig Prozent der insgesamt 8610 Kredite entfielen auf das Handwerk, 13,4 Prozent auf den Handel, 12,4 Prozent auf die Industrie. Die übrigen 44 Prozent kamen den freien Berufen, dem Gaststätten- und Fremdenverkehrsgewerbe und der Fischerei zugute. Während die Kredite in den ersten Jahren hauptsächlich für die Neugründung von Betrieben gewährt wurden, verlagerte sich ihr Schwergewicht in den letzten Jahren auf deren Erhaltung und Festigung.

## CDU Bremen fordert mehr Geld

Die CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft hat den Senat aufgefordert, im Haushalt 1965 die Mittel für die kulturelle Betreuung der Vertriebenen und Flüchtlinge zu erhöhen. Die CDU ist der Ansicht, daß die bisher für diesen Zweck bereitgestellten Mittel nicht ausreichen.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buch-

# Das Ganze sehen

## Sozialwohnungen bleiben an die Kostenmiete angeschlossen

Am 2. Dezember hat das Bundeskabinett einen wichtigen Beschluß über den weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft gefaßt. Leider ist diese Entscheidung in der öffentlichen Diskussion völlig verzerrt worden.

Worum geht es bei diesem Kabinettsbeschlusse? Der nach dem „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht“ für den 31. Dezember 1965 vorgegebene Schlußtermin wird in den Gebieten um zwei Jahre verlängert (d. h. bis zum 31. Dezember 1967), in denen das rechnerische Wohnungsdefizit noch 3% und mehr beträgt. Das bedeutet, daß entgegen der derzeitigen gesetzlichen Regelung in diesen Städten und Landkreisen die bisherige Wohnraumbewirtschaftung wie auch die Mietpreisbindung und das alte Mieterschutzgesetz bestehen bleiben, und zwar solange, bis die Städte und die Kreise unter die 3%-Grenze gesunken sind.

Diese Terminverschiebung mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen ist zugunsten der in den nach dem 1. Januar 1966 noch „schwarzen“ Städten und Kreisen lebenden Altbaumieter erfolgt. Um jedoch den Althausbesitzern, die auch nach dem 1. Januar 1966 in den dann noch „schwarzen“ Städten und Kreisen auf die Marktmiete verzichten müssen und weiterhin der Wohnraumbewirtschaftung und dem Mieterschutz unterliegen, bessere Möglichkeiten zur Instandsetzung und Modernisierung zu geben, hat das Kabinett gleichzeitig für diese Altbauwohnungen eine angemessene Mietanhebung zugelassen, sie beträgt höchstens 25%.

Entsprechend der bisherigen gesetzlichen Regelung wird in diesen Städten und Kreisen nach dem 1. Januar 1966 auch eine begrenzte Mietanhebung für die älteren

und besonders billigen Sozialwohnungen zugelassen, die unter dem Ersten Wohnungsbaugesetz fertiggestellt wurden. Statt der bisherigen Richtsatzmiete wird die Kostenmiete zugelassen, die bei den neuen Sozialwohnungen bereits besteht.

● Es gibt auch für diese alten Sozialwohnungen keine freien Marktmieten; sie bleiben wie alle Sozialwohnungen an die

Kostenmiete gebunden und bilden so ein Regulativ in einem künftigen Wohnungsmarkt.

● Würde die zweijährige Verschiebung des Endtermins nicht erfolgen, so wäre auch in den Städten und Kreisen, die am 31. Dezember 1965 noch ein rechnerisches Wohnungsdefizit von drei und mehr Prozent haben, die Kostenmiete zulässig geworden, wie das bisher schon in den „weißen“ Kreisen möglich ist. Insofern ändert sich gar nichts. Allerdings wäre bei einer Beibehaltung des bisherigen Endtermins auch für die Sozialwohnungen das alte Mieterschutzgesetz weggefallen, was jetzt nicht der Fall ist. Nicht nur die Altbaumieter, sondern auch die Mieter von Sozialwohnungen gewinnen also durch die neue Regelung.

## Brandts Schatten

### SPD-Führungskollektiv soll Führungsmängel verdecken

Daß die SPD den deutschen Wählern keine echte Alternativen zur Politik der Union anzubieten hat, ist mindestens seit Karlsruhe offenkundig geworden. Aber auch personell sind die Sozialdemokraten nicht in der Lage, den Politikern der Union gleichwertige Gegner gegenüberzustellen.

Sogar bei den Sozialdemokraten ist das Vertrauen in die Führungsqualitäten ihres Vorsitzenden Brandt erheblich gesunken. Sie befürchten wohl zu recht, daß sie mit Brandt als Kanzlerkandidaten auch die nächste Wahl verlieren werden. Ein Wechsel ist aber nicht mehr möglich, so gern auch das Parteivolk lieber Erler an der Spitze sehen möchte als Brandt. Diese schwache Stelle der Ausgangsposition für die nächsten Bundestagswahlen soll das SPD-Schattenkabinett ausgleichen. Spitzenkandidat Brandt soll nicht allzusehr exponiert werden und von der Öffentlichkeit als der Repräsentant der SPD gewertet und kritisiert werden

können. Deshalb wird Brandt, anstatt sich selbst zu qualifizieren, die Möglichkeit haben, sich hinter dem Rücken einer Kollektivs zu verschanzen, um seine eigene Farblosigkeit zu verstecken.

Aber schon die Bildung des elfköpfigen Schattenkabinetts in Karlsruhe bewies die mangelnden Fähigkeiten Brandts, selbst in seiner eigenen Partei überzeugend zu regieren. Bis zum letzten Tag war die Zusammensetzung der sogenannten Mannschaft offen. Mit den Richtungskämpfern hinter den Kulissen fertig zu werden, war Brandt augenscheinlich überfordert. Die Vorstellung der Mannschaft machte es dann deutlich, daß Brandt mehr als einen Kompromiß eingehen und nachgeben mußte. Der prominente Gewerkschaftler Leber, der als Sozialpolitiker für die Mannschaft als besonders favorisiert galt, wurde fallengelassen, sein Platz nahm Prof. Schellenberg ein. Schmitt-Vockenhausen, der fest damit gerechnet hatte, als Innenministeraspirant aufgestellt zu werden, sah sich ebenfalls enttäuscht. Ihm wurde Dr. Heinemann vorgezogen, der den Vorzug hat, als profiliertem Protestant zu gelten und durch seine bekannte linksradikale Haltung als ein zusätzlicher Kompromiß an den linken Flügel anzusehen ist. Auch die Bayern waren mit den ursprünglichen Intentionen Brandts höchst unzufrieden und setzten es durch, daß von Knoeringer und Frau Strobel in das Schattenkabinett aufgenommen wurden.

Eine herbe Enttäuschung mußten die Vertriebenen erleben. Ihre feste Hoffnung, der Präsident des Bundes der Vertriebenen, der SPD-Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch, werde von Brandt in die Mannschaft berufen werden, trog. Die Versicherung Brandts, er werde natürlich mit den Vertriebenen zusammenarbeiten, war nicht einmal ein Trostpflaster. Denn Brandt konnte es bisher nicht einmal verhindern, daß Jaksch aus seinem Wahlkreis in Höxter-Warburg-Büren verdrängt wurde, ohne bisher einen Ersatzwahlkreis zu finden. Die sozialdemokratische Abneigung gegenüber den Vertriebenen, macht damit nicht einmal bei den eigenen Genossen halt.

## Mosch und die DFU

### DFU-Stimmen für den ÖTV-Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen

In Kreisen des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird gegenwärtig die Wahl des hauptamtlichen Bezirksleiters der DGB-Gewerkschaft ÖTV in Nordrhein-Westfalen I, Mosch (SPD), zum Bürgermeister von Solingen mit großer Sorge betrachtet. Auch Mosch wurde — wie bereits Oberbürgermeister Dunkel (SPD) — mit Unterstützung der DFU zum Bürgermeister gewählt.

Mosch gilt als ein einflußreicher Funktionär im Deutschen Gewerkschaftsbund. Die Angelegenheit entbehrt jedoch nicht einer gewissen Pikanterie: vor etwa zwei Jahren hat der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Broschüre gegen die Deutsche Friedens-Union herausgegeben. Die Broschüre trägt den Titel: „Kommentare zur Politik der DFU“ — oder kurz ausgedrückt: „KPDFU“. Für die gegen die DFU gerichtete gewerkschaftliche Veröffentlichung zeichnete der Landesbezirksvorstand des DGB in Nordrhein-Westfalen verantwortlich, dem auch der inzwischen mit DFU-Stimmen zum Bürgermeister von Solingen gewählte ÖTV-Funktionär Mosch angehört. Mit scharfen Worten haben die Herausgeber der Broschüre jede Anbiederung der DFU an die Gewerkschaften abgelehnt. Nach der nun erfolgten Wahl Moschs mit Hilfe der DFU-Stimmen im Solinger Stadtparlament wird auch in den Gewerkschaften

die Frage gestellt, ob die in der Broschüre festgelegte Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit zwischen DGB und DFU für alle Funktionäre der Gewerkschaften weiterhin noch Gültigkeit besitzt.

Nachdem die beiden SPD-Kandidaten, Dunkel für das Oberbürgermeisteramt und Mosch für das Bürgermeisteramt, mit den Stimmen der SPD und der DFU in ihre Ämter gewählt worden waren, hat die SPD im Solinger Stadtparlament den Antrag eingebracht, die bisher auf drei Sitze festgelegte Fraktionsstärke auf fünf zu erhöhen. Die DFU ist im Solinger Stadtparlament mit drei Mitgliedern vertreten. Die SPD hat inzwischen feststellen müssen, daß sie die Geister, die sie in Solingen gerufen hat, nicht mehr loswurde. Die SPD fand jedoch bei den übrigen Fraktionen im Solinger Stadtparlament für diese Änderung keine Mehrheit.